

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Boien außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei G. J. Meid & Co.
Breitenstraße 20,
in Grätz bei J. Strifand,
in Regensburg bei H. Mathias,
in Breschen bei J. Felschn.

Vosener Zeitung.
Einundneunzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. J. Meid & Co.,
Haafenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen,
beim „Invalidendank“.

Nr. 224.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Boien 4/5 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reichs an.

Freitag, 28. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgepalte Reithelle oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 27. März. Der Kaiser hat den Steuerektor Dr. Freiherrn v. Oberländer in Straßburg zum kaiserlichen Direktor der direkten Steuern in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen ernannt; und die kaiserlichen Steuerektoren Heinrich in Kolmar und Dominicus in Metz, unter Bewahrung des gesetzlichen Wartegeldes, in den einseitigen Aufstand versetzt.

Der König hat dem Geheimen Sanitäts-Rath Dr. Nooren zu Düsseldorf den Charakter als Geheimer Medizinal-Rath verliehen. Die Ernennung der ordentlichen Lehrer am Lyceum II. zu Hannover, Dr. Gy und Dr. Rohrs, zu Oberlehrern an derselben Anstalt ist genehmigt worden.

Der Forst-Assessor Lamprecht ist zum Oberförster ernannt und demselben die durch Pensionirung des Oberförsters Gade erledigte Oberförsterstelle zu Seelgerthum in der Provinz Hannover übertragen worden.

Der in das Pfarramt zu Niederbeuna berufene seitberige Superintendent der Diözese Raumburg, Pfarrer Stöde in Groß-Jena, ist zum Superintendenten der Diözese Merseburg Land, Regierungsbezirk Merseburg, bestellt worden.

Deutscher Reichstag.

12. Sitzung.

Berlin, 27. März. Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, von Caprivi, von Burghard.

Präsident v. Levekov eröffnet die Sitzung 1 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Marine-Anleihe-Gesetzes.

Die Kommission für den Reichshaushaltetat bezeichnet die Vorlage als „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1884/85.“

Berichterstatter Abg. Richter empfiehlt die Annahme des Entwurfs in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung. Einer weiteren Begründung der Vorlage bedürfte es nicht, da die Motive der Vorlage in der Denkschrift sich ja eingehend darüber auslassen.

Das Haus bewilligt ohne Diskussion die fortdauernden Ausgaben mit 302 491 M., die einmaligen Ausgaben mit 18 790 000 M. und ebenso die Einnahmen (Anleihe und Matrifularbeiträge) mit 19 092 491 M. Der Entwurf selbst passiert ohne Diskussion die zweite Lesung.

Es folgt die erste Beratung eines Entwurfs betreffend die Priesengerichtsbarkeit.

§ 1 des Entwurfs lautet: Die Entscheidung über die Rechtsmöglichkeit der im Kriege gemachten Priesen erfolgt durch besondere Behörden.

§ 2 fest, daß die Zusammensetzung, Verfahren etc. der Priesengerichte durch kaiserliche Verordnung bestimmt wird.

Abg. Dr. Meyer (Jena) wünscht, daß dieses Gesetz in möglichst geringem Umfange ausgeübt werde und daß namentlich die Unverletzlichkeit der Handelsflotten gewahrt bleiben möge.

Abg. Dr. Kapp: Wir sollten diesen Moment, in dem wir die Priesengerichte einführen, dazu benutzen, die Grundsätze der Humanität zu Gunsten des Privateigentums auf der See im internationalen Verkehr wieder anzulegen. Dann würde man weniger Priesen haben und den Handelsschiffen größere Sicherheit gewähren können, als bei dem gegenwärtigen Zustande, der von dem früheren Unus bedeutend abweicht.

Die verbundenen Regierungen aber möchte ich in Erinnerung an den Antrag der Freiconservativen vom 18. April 1868 eruchen, dafür zu sorgen, daß die Unverletzlichkeit der Handelsflotte im Kriege, des schwimmenden Eigentums im Kriege, auf völkerrechtlicher Grundlage gesichert werde.

Die Diskussion wird geschlossen und die Vorlage in erster und zweiter Lesung angenommen.

Das Haus erledigt hierauf in erster und zweiter Beratung die Uebereinkunft mit Belgien betreffend den Schutz an Werken der Literatur und Kunst und die Uebereinkunft betreffend den Musterrecht.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf morgen 1 Uhr fest und auf die Tagesordnung derselben u. A. das Militärpensionsgesetz und Rekrutengesetz.

Abg. Eugen Richter: Mit Rücksicht auf die morgende wichtige Sitzung des Abgeordnetenhauses möchte ich bitten, diese beiden wichtigen Gegenstände morgen nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. v. Malchahn-Gülz schlägt vor, diese Gesetze auf die Tagesordnung der Sonnabenditzung zu setzen.

Abg. Dr. Windthorst bittet, mit der Beratung jener Gesetze zu warten, bis die Bayern und Baden hier erscheinen können.

Abg. Eugen Richter: Das Zusammenkommen der Landtage und des Reichstages ist nicht unsere Schuld. Am Sonnabend würde die Sache ebenso liegen wie morgen; man glaubte allgemein, daß der Reichstag sich morgen vertagen würde. Da die wichtigen Kommissionen und Plenum nicht zugleich tagen können, so versteht sich die Vertagung des Reichstages für morgen eigentlich von selbst, wie sehr auch in höheren Regionen Anderes gewünscht werden mag.

Abg. v. Koller: Ich möchte bitten, daß wir bei dem Vorschlage der Sonnabenditzung stehen bleiben. Die Herren auf der Linken sollten uns doch helfen, die ersten Lesungen der Vorlagen schnell zu erledigen. Das geht aber nicht, wenn einige Herren zu Gastrollen nach Hamburg reisen.

Abg. v. Malchahn-Gülz: Ich bitte, die Sitzung auf Sonnabend festzusetzen.

Abg. Dr. Windthorst: Ich halte das Haus für nicht beschlußfähig.

Abg. Eugen Richter: Wenn heute schon das Haus beschlußunfähig erscheint, wird dies morgen wohl noch mehr der Fall sein. Da lange Zeit angenommen wurde, die Vertagung würde morgen stattfinden, so können viele Mitglieder ihre Reisedispositionen nicht mehr ändern. Ich schlage vor, morgen um 2 Uhr Sitzung zu halten und die beiden Gesetze nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. v. Malchahn-Gülz: Eine Verständigung darüber, daß der Reichstag morgen vertagt werden solle, hat keineswegs hier stattgefunden. Man war stets der Meinung, den Reichstag zu vertagen, sobald die ersten Lesungen beendet wären.

Abg. Eugen Richter: Die ersten Lesungen sind beendet mit Ausnahme jener beiden Gesetze. Diese aber sind uns erst gestern zugegangen und bei der Wichtigkeit dieser Vorlagen ist es nicht thunlich, sich bis morgen über sie völlig zu informieren.

Präsident v. Levekov: Ich werde darüber abstimmen lassen, wann die nächste Sitzung stattfinden soll. Dazu ist aber nöthig, die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen; es muß deshalb Auszählung mittelst Namensaufzählung erfolgen.

Der Namensaufzählung ergiebt die Anwesenheit von 166 Mitgliedern. Präsident v. Levekov: Das Haus ist nicht beschlußfähig; es liegt mir daher ob, die nächste Sitzung zu bestimmen. Nachdem ich die gegenwärtige Situation erwogen habe, modifiziere ich mit Rücksicht auf die Sitzungen des Abgeordnetenhauses meinen früheren Vorschlag. Die nächste Sitzung soll morgen 2 Uhr mit folgender Tagesordnung stattfinden: Dritte Beratung der Marineanleihe, der Priesengerichtsbarkeit und der Konvention mit Belgien. Die beiden Pensionsgesetze werden in der Sonnabenditzung zur Beratung kommen.

Schluß 1 Uhr.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

13. Sitzung.

Berlin, 27. März. Am Ministertische: v. Soßler, Friedberg, v. Puttkamer und zahlreiche Kommissarien. Der Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 25 Minuten.

Die Landgüter-Ordnung für die Provinz Schlesien wird in der vom Hause der Abgeordneten beschlossenen Fassung angenommen; der Gesetzentwurf, betr. die Auflösung der gemeinsamen Kirchenlizenzen in der Nordprovinz und in der Süderprovinz auf der Insel Alsen, in einmaliger Schlussberatung ohne Debatte unverändert genehmigt; auf Anregung des Reg.-Kommissars Geh. Rath Tappen wird der Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes auf den 1. April 1885 verlegt.

Es folgt die einmalige Schlussberatung über den 25. Bericht der Staatsschulden-Kommission. Auf den Antrag des Referenten Grafen v. d. Schulenburg-Angern wird der Staatsschulden-Verwaltung Decharge ertheilt.

Die Kommunal-Kommission beantragt die Petition mehrerer Bürgermeister des Regierungsbezirks Wiesbaden wegen anderweiter Regelung ihrer Pensionsverhältnisse der Regierung als Material für die künftige Gemeinde-Gesetzgebung für den Regierungsbezirk Wiesbaden zu überweisen.

An diesen Antrag knüpft sich eine längere Debatte, an welcher sich die Herren Francke (Stralsund), Graf Brühl, Lotichius, der Referent Geh. Rath Bredt, sowie ein Vertreter des Finanzministeriums betheiligen. Ein Antrag Francke, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, bleibt in der Ueberheit, der Kommissionsantrag gelangt darauf einstimmig zur Annahme.

Die Petitionen: a) des Fleischermeisters Faselau wegen Abänderung mehrerer Paragraphen des Gesetzes, betreffend die Errichtung öffentlicher Schlachthäuser, b) wegen nochmaliger Vorlage des Gesetzentwurfs, betreffend den Bau eines Schiffahrtskanal von Dortmund nach den Emsbäfen werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Namens der XII. Kommission hat Frhr. v. Winkingerode-Knorr über den Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes vom 13. März 1878, betr. die Unterbringung verwahrloster Kinder schriftlichen Bericht erstattet.

Artikel 1 der Vorlage lautet:

„Der § 6 des Gesetzes erhält nachstehenden Zusatz: Dem verpflichteten Kommunalverbande steht innerhalb zwei Wochen nach Zustellung des auf Unterbringung gerichteten Beschlusses das Recht der Beschwerde mit ausschließender Wirkung zu.“

Die Kommission hat den Artikel mit der Modifikation angenommen, daß nur die ausschließende Wirkung an die Erhebung der Beschwerde binnen 2 Wochen gebunden, die Erhebung der Beschwerde selbst aber ohne Fristbeschränkung zulässig sein soll.

Graf Freil. Gansdorf und Oberbürgermeister Bötticher (Magdeburg), sowie Graf v. Zieten-Schwerin bitten um Ablehnung des Art. I., den sie übereinstimmend für überflüssig und schädlich erklären. Das Gesetz habe bis jetzt sehr segensreich gewirkt, die Schuld für die hervorgetretenen Mißstände liege nicht am Gesetz, sondern an den von den Provinzen erlassenen Reglements. Eine Beschleunigung des Verfahrens werde viel eher erreicht werden, wenn man der Mittheilung des auf Zwangserziehung gerichteten vormundschaftsrichterlichen Beschlusses an die Verwaltungsbehörden die Vorverhandlungen beistige.

Für die Kommission plaidirt Graf Brühl, für denselben spricht sich bedingt auch Reg.-Komm. Geh. Rath Illing aus; Minister des Innern v. Puttkamer empfiehlt die Regierungsfassung.

Bei der Abstimmung wird Art. I. mit großer Mehrheit abgelehnt.

Art. II. will den § 10 im fünften Absatz durch folgenden Text ersetzen:

„In außergewöhnlichen Fällen kann das Recht der Zwangserziehung auf den Antrag des verpflichteten Kommunalverbandes durch Beschluß des Vormundschaftsrichters bis längstens zur Großjährigkeit ausgedehnt werden.“

v. Kleist-Nesow beantragt, die Zwangserziehung allgemein statt bis zum 16., bis zum 18. Jahre auszudehnen; Minister v. Puttkamer widerspricht dem Antrage wegen mangelnden Bedürfnisses.

Der Antrag wird abgelehnt, Art. II. angenommen, desgl. das ganze Gesetz.

Eine Petition der katholischen Gemeinde in Dortmund, welche sich gegen das Altkatholikengesetz wendet, wird der Staatsregierung zur Kenntnisaufnahme überwiesen.

Die Petition der katholischen Kirchengemeinde zu Wiesbaden, welche um die Rückgängigmachung der Verfügung des Oberpräsidenten bittet, nach welcher den Wiesbadener Altkatholiken die Mitbenutzung der dortigen katholischen Kirche gestattet ist, beantragt die Petitionskommission, der Staatsregierung zur Erwägung und soweit thunlich, zur Abhilfe zu überweisen. Ueber diesen Antrag entspinnt sich eine längere Debatte. Der von den Herren Veseler und Werner

empfohlene Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt; über den Kommissionsantrag, für den Graf Brühl und Veseler eintreten, wird namentlich abgestimmt. Der Namensaufzählung ergiebt, daß statt der zur Beschlußfähigkeit nöthigen 60 nur 50 Mitglieder anwesend sind. Die Sitzung muß daher abgebrochen werden.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

66. Sitzung.

Berlin, 27. März. Am Ministertische: Dr. Lucius. Präsident v. Koller eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr.

Das Haus setzt die weite Beratung der Jagdordnung fort. § 22 bestimmt: Die Verwaltung der gemeinschaftlichen Jagdangelegenheiten und die Vertretung der beteiligten Grundbesitzer gehört zu den amtlichen Obliegenheiten des Gemeinde-(Guts-)Vorstehers. Befehlt der gemeinschaftliche Jagdbezirk aus Grundflächen verschiedener Gemeindebezirke, so wird einer von den Vorstehern derselben durch den Kreis-(Bezirks-)Ausschuß zur Verrichtung dieser Geschäfte bestimmt.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst beantragt die Streichung dieses § 22 und will statt dessen den Paragraphen in der Fassung des Herrenhauses setzen. Die Zusammenfassung dieses Grundbesitzparlamentes, wie § 22 sie bilden wolle, gebe zu den größten Uebelständen Anlaß; wie soll ein Gemeindevorsteher im Stande sein, ein solches Parlament zu leiten? Ich wenigstens möchte lieber ein Damenparlament als ein solches Gutsbesitzerparlament leiten. Nach meinen Vorschlägen würde die Beschlußfassung in den Jagdgenossenschaften sehr erleichtert werden. Ich wünsche, daß der Jagdvorstand aus 3-5 Jagdschiffen bestehen soll. Bleibt das Dekretanparlament in der von der Vorlage geschaffenen Form, so ist das Gesetz für mich unannehmbar.

Abg. v. Heydebrand u. d. Lasa: Die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Provinzen, die ja zweifellos vorhanden ist, führt dazu, daß man leicht bei Beurtheilung dieser Fragen von den Verhältnissen seiner Provinz ausgeht - so der Vorredner von denen der Provinz Westfalen. Für die Monarchie im Ganzen aber muß ich doch daran festhalten, daß wir den Gemeindevorsteher bei der Beaufsichtigung der Jagdangelegenheiten nicht entbehren können und von dem größten Theile der Monarchie können wir wohl sagen, daß der Gemeindevorsteher auch der geeignetste Mann dazu ist. Ueberall besteht eine Abneigung gegen das Institut der Ehrenämter - die Folge davon ist vielfach eine schlechte Besetzung der Ehrenämter. Ich möchte daher vor der Einführung weiterer Ehrenämter warnen. - In dem verurtheilenden Bzium des Vorredners über die Undurchführbarkeit des „Dekretanparlamentes“ kann ich ihm nicht beistimmen; wie die Kommissionsvorlage die Sache regelt, entspricht sie fast völlig dem gegenwärtigen Zustande in den östlichen Provinzen. Mit Rücksicht auf den größeren Theil der Monarchie bitten wir daher um Annahme der mit so großer Mühe zu Stande gekommenen Kommissionsvorlage.

Abg. Günther befragt ebenfalls die Annahme der Kommissionsvorlage.

Minister Dr. Lucius: Die Regierungsvorlage und das Herrenhaus wollen die Verwaltung der Jagdangelegenheiten dem Jagdvorstand übertragen. Abg. v. Schorlemer will den Jagdvorstand einer gewählten Behörde machen und hat geglaubt, der von der Regierung gewünschte „geborene Jagdvorstand“ würde von der Regierung abhängig sein. Das ist doch aber, wie in den Motiven angeführt, unrichtig. Im Uebrigen halte ich die Anträge des Abg. v. Schorlemer-Alst für sehr annehmbar, sie stehen der Regierungsvorlage näher als der Antrag der Kommission. Denn ich glaube, daß die höhere Intelligenz eher im Jagdvorstande vorhanden ist, als in den sogenannten Dekretanparlamenten. Auch schafft die Regierungsvorlage keineswegs neue Ämter, sie giebt einem bereits bestehenden nur neue Namen. Wie wir bereits eine Schulbehörde haben, so würden wir jetzt eine Jagdbehörde haben. Ich schlage Ihnen prinzipialiter die Annahme der Regierungsvorlage vor, event. die des Antrages v. Schorlemer mit der Modifikation, daß der Jagdvorstand jedesmal der Ortsvorsteher ist.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Ich habe meinen Antrag in diesem Sinne modifizirt.

Abg. v. Krosigk: Wenn Sie nach dem Antrage des Vorredners beschließen, würden Sie wieder einen neuen Wahlkörper schaffen, während die Annahme der Kommissionsvorschläge eine mehr leichte und glatte Geschäftsabhandlung bietet. Wird die Kommissionsvorlage in dem Sinne des Abg. v. Schorlemer geändert, so könnte ich der Vorlage nicht mehr zustimmen.

Abg. v. Derken (Lüterbog): Ich und meine Freunde können sich dem Vorredner nur völlig anschließen. Ich muß vor Allem gegen die Schaffung neuer Behörden aufzutreten; eine Schwierigkeit, wie sie Herr v. Schorlemer in der Vorlage in Bezug auf die Generalversammlungen erblickt, kann ich nicht anerkennen. Die Versammlung wird nur etwa alle 6 Jahre zusammentreten, die Schwierigkeiten verschwinden also wohl diesem Umstande gegenüber.

Die Diskussion wird geschlossen.

§ 22 wird hierauf gegen die Stimmen des Zentrums mit großer Majorität angenommen.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Nach dem Resultate dieser Abstimmung ziehe ich meine weiteren Anträge zurück.

§ 31 bestimmt, daß die Veröffentlichungen über Versteigerungen in Kreisblättern erfolgen sollen.

Abg. Bachem beantragt dafür zu setzen „durch das vom Gemeindevorsteher bestimmte Blatt“.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst bittet um Annahme dieses Antrages, da wenigstens in Westfalen kein Mensch das Kreisblatt lese.

Abg. Struß hält den Antrag für überflüssig, da § 31 ja die Anzeige in einem anderen als dem Kreisblatte nicht ausschließt. (Geisterfart links.)

Der Antrag des Abg. Bachem wird hierauf abgelehnt. Der zweite Absatz des § 31b bestimmt, daß bei der Versteigerung nur Besitzer von Jagdscheinen sich betheiligen dürfen.

Abg. Bachem beantragt, diesen Absatz zu streichen, da es doch ganz wechellos sei, einen Jagdschein zu erwerben, wenn man keine Jagd zu pachten erhalte.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Ohne Diskussion erledigt das Haus die §§ 31-40.

§ 41 beschränkt die Dauer des Erlaubnischeines auf vier Wochen; die Abg. Dirichlet und Schmieder beantragen, diese Beschränkung fallen zu lassen.

§ 41 wird entgegen diesem Antrage unverändert angenommen.

§ 42a beantragt Abg. Rintelen zu fassen:

„Die Ausübung der Jagd mit Schusswaffen oder Hund an Sonn- und Festtagen ist verboten.“

Abg. Rintelen: Meine politischen Freunde wollen keine Ausnahme von der allgemeinen Sonntagsruhe zu Gunsten der ewigen Sonntagsjäger. Es ist ein Glück für unser Volk, daß die ländliche Bevölkerung noch den Sonntag heiligt — wenn man aber den städtischen Sonntagsjägern die Jagd gestattet, so verdirbt dies die Landbevölkerung. Die Vorlage will die Jagd am Sonntag nur während des Gottesdienstes verbieten — das genügt aber nicht und ist unbestimmt. In den einzelnen Gemeinden ist die Zeit des Gottesdienstes verschieden. Die Vorlage giebt eine rein polizeiliche Vorschrift, daß nämlich der Gottesdienst nicht gestört werde. Von dem ethischen Gehalte der Sonntagsgesetze sage ich nichts. Die Sonntagsgesetze sind eine Grausamkeit, die Sonntagsjäger schießen die Tiere an und lassen sie lauten. (Große Heiterkeit.) Fast alle Jagungslücke kommen an Sonntagen vor. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Die Abg. Dirichlet und Schmieder beantragen, in § 42a statt „Gottesdienst“ zu setzen „Gauptgottesdienst“ und den Satz „die provinziellen weitergehenden gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Sonntagsgesetze“ durch „auch können durch polizeiliche Bestimmungen weitere Beschränkungen der Sonntagsgesetze eingeführt werden“ zu streichen.

Abg. Westerberg begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf die Nothwendigkeit einer einheitlichen Regelung für die ganze Monarchie ohne Rücksicht auf provinzielle Sonderbestimmungen.

Vom Abg. Dr. Götting ist der Antrag eingegangen, § 42a folgendermaßen zu fassen:

„An Sonn- und Festtagen ist alles Hetz- und Treibjagen, sowie von 9 Uhr früh bis 3 Uhr Nachmittag die Jagd überhaupt verboten.“

Abg. Dr. Götting: Ich halte während des Gottesdienstes die Jagd für unzulässig, für den übrigen Theil des Sonntags will ich sie freigegeben wissen. Die Jagd am Sonntage halte ich, so lange sie von der Zeit des Gottesdienstes ausgeschlossen ist, geradezu für ein ethisches Verbrechen, denn sie ermöglicht eine anständige Erholung und gleichzeitigen Genuß der Natur.

Abg. Dr. Windthorst: Der Vorredner sagt, neben Gottesdienst sei am Sonntage auch Erholung möglich. Ganz recht — aber er sieht als erlaubte Erholung an, was ich nicht dafür ansehe. Die Sonntagsgesetze müssen wieder härter besetzt werden; in Städten und auf dem Lande wird der Sonntag nicht mehr gefeiert. (Abg. v. Meyer-Answalde ruft: „Nicht wahr!“) Vielleicht nicht in Answalde — aber machen Sie mal am Sonntage eine Wanderung in und um Berlin. Die Sonntagsgesetze gefährden die Sonntagsgesetze. Der Antrag des Vorredners genügt mir nicht. Denn früh vor 9 Uhr findet bereits das Abendroth statt und nach 3 Uhr ist der Gottesdienst noch nicht allgemein geschlossen. Will man wirklich eine ernsthafte Regelung herbeiführen, so muß die Sonntagsgesetze ganz verboten werden.

Minister Dr. Lucius: Die Stellung der Regierung, die aus dem Herrenhause bekannt ist, ist heute hier nicht erschüttert worden. Wenn die Herren glauben, daß die Sonntagsgesetze in Preußen nicht genügt, so mögen sie Anträge auf strengere Sabbatheiligung einbringen. Aber die Regierung konnte sich nicht dazu entschließen, bei dieser Materie, die doch eigentlich mit dem Gesetze selbst nichts zu thun hat, durch Sonderbestimmungen die Annahme des Gesetzes zu erschweren. Auch der Vorwurf, die Regierung sei der Protetektor der Sonntagsgesetze, ist unrichtig; nicht all jene Leute, die am Sonntag auf die Jagd gehen, sind deshalb Sonntagsgesetze. Wer für die Regierungsvorlage stimmt, stimmt nicht gegen die Sonntagsgesetze, nicht für die Sonntagsgesetze, sondern für die Ansicht der Regierung, daß die ganze Frage der Sonntagsgesetze mit diesem Gesetze nichts zu thun hat.

Abg. v. Krojig: Es handelt sich darum, ist die Sonntagsgesetze eine erlaubte Erholung oder nicht? Und ich für meine Person muß die Frage im negativen Sinne beantworten. Ich glaube, die Fassung der Kommission trifft das Richtige, wenn sie die Jagd während des Gottesdienstes am Sonntage verbietet und außerdem noch verschärfte Bestimmungen durch Polizeiverordnungen in den einzelnen Provinzen läßt. Ich bitte daher um unveränderte Annahme des Kommissionsantrages.

Die Disposition wird geschlossen. Die gestellten Anträge werden darauf sämtlich abgelehnt, § 42a in der Fassung der Kommission in demamentlicher Abstimmung mit 218 gegen 102 Stimmen angenommen.

Das Haus verläßt sodann die Fortsetzung der Debatte bis Freitag 10 Uhr.

Schluß 1½ Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 27. März. Es steht jetzt fest, was wir gestern nur vermutheten, daß die Reichstags-Kommission für das Sozialistengesetz sich erst nach Ostern, also erst nach fast drei Wochen ernstlich an ihre Arbeit begeben wird, wenn gleich sie formell schon heute Abend beginnt. Was Herr Windthorst zu dieser Verzögerung veranlaßt, liegt auf der Hand: er will zur Ueberwindung der im Centrum bestehenden Meinungsverschiedenheiten Zeit gewinnen. Da nach wie vor die Ansicht überwiegt, daß das Ergebnis hiervon die Annahme der Vorlage mit Hilfe des Centrums sein werde, so müßten die Vertreter der übrigen Parteien in der Kommission eigentlich eine verschiedenartige Stellung zu der dilatorischen Methode des Herrn Windthorst einnehmen; aber auch diejenigen Fraktionen, welche die Verlängerung des Sozialistengesetzes nicht, oder nicht mit klerikaler Hilfe wünschen, ziehen die Verzögerung doch einer Entscheidung vor, welche alsbald die Auflösung bewirken würde, theils in dem Wunsche, vorher, falls sie doch unvermeidlich sein sollte, die sonstigen Aufgaben der Session möglichst zu fördern, theils behufs besserer Vorbereitung auf die Wahlagitation. Während so die Frage der Verlängerung der Ausnahme-Maßregeln gegen die Sozialdemokratie im Zustand der Schwebe bleibt, wollen die hiesigen Sozialdemokraten nun den, von uns schon früher angekündigten Versuch unternehmen, unter dem Sozialistengesetz hier wieder ein Preßorgan ihrer Richtung erscheinen zu lassen. Am Sonntag soll die Probenummer ausgegeben werden, am 1. April das regelmäßige Erscheinen seinen Anfang nehmen. Der Titel ist „Berliner Volksblatt“; in der heute verbreiteten Ankündigung wird dasselbe als ein Organ zur Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes bezeichnet, betreffs der Sozialpolitik unbefangene Prüfung aller Vorschläge unter Abweisung „bureaucratischer“ Einrichtungen versprochen. Ueber die Art der Aufbringung der Geldmittel für das Unternehmen sind Angaben verbreitet, welche wieder ein helles Licht auf die Opferwilligkeit werfen, die in den sozialdemokratischen

Kreisen für die Zwecke der Partei besteht. Welches Schicksal des Blattes harret, wird sich ja bald zeigen; die eigenthümliche Mischung theoretischer Sozialdemokratie mit praktischer Governementalität, bethätigt durch das Verweiden des Widerspruchs gegen die Regierung zur Zeit, besonders wichtigen Projekte derselben, wie diese Mischung in dem von uns mehrfach erwähnten pseudo-sozialdemokratischen „Volksfreund“ sich findet, ist allerdings nach dem vorliegenden Prospekt des „Berliner Volksblattes“ nicht zu erwarten. Derselbe versichert mit Nachdruck, daß das Blatt sich „auf streng gesetzmäßigem Boden halten“ werde, aber er erklärt betreffs der Sozialreform: „Nicht der Geschmack sozialpolitischer Geheimräthe ist für uns maßgebend.“ Die lange Reihe der sozialen Umgestaltungen, welche nothwendig seien, müsse mit dem Normalarbeitstag beginnen — gegen welchen Fürst Bismarck sich bekanntlich vor einigen Tagen erst im Reichstag erklärt hat; alsdann müsse die gänzliche Entfernung der verheiratheten Frauen und Kinder aus den Fabriken erfolgen, eine Forderung, welche der Kanzler früher einmal anlässlich einer Interpellation Hertling im Reichstag, zurückgewiesen hat. Das „Berliner Volksblatt“ fordert weiter die Abschaffung aller indirekten Abgaben und die Deckung der Staatsbedürfnisse durch eine einzige progressive Einkommensteuer, welche die niedrigsten Einkommen ganz frei läßt. Daß weiter die Trennung von Staat und Kirche, die Trennung der Schule von der Kirche, die Unentgeltlichkeit des Unterrichts in allen staatlichen Bildungsanstalten, das allgemeine gleiche Wahlrecht bei allen Staats- und Kommunalwahlen u. d. gefordert wird, ist von geringerem actuellen Interesse. Als Redakteur des neuen Blattes unterzeichnet ein Herr J. F. Guttzeit, unseres Wissens kein Name, welcher in der sozialdemokratischen Bewegung bisher in den Vordergrund getreten wäre.

Der Kaiser hat das aus Anlaß seines Geburtstages an ihn gerichtete Glückwünschschreiben des Magistrats zu Berlin mit nachfolgendem Schreiben beantwortet:

„In der Adresse, mit welcher sich die Magistrate zu meinem Geburtstage erfreut hat, giebt sich wiederum eine so warme und innige Theilnahme kund, daß ich von diesen Gefühlen der Treue und Anhänglichkeit tief gerührt bin. Die Glückwünsche, welche mir bei diesem Anlaß dargebracht worden sind, haben mich daher sehr wohlwiegend angesprochen. In dem ich dem Magistrat meinen aufrichtigen Dank dafür sage, erfüllt mich insbesondere die Erinnerung an die bedeutenden Ereignisse des verfloffenen Jahres mit hoher Genugthuung. Ich preise vor allem des Allmächtigen Güte, daß es mir vergönnt gewesen ist, die Schwelle meines neuen Lebensjahres mit einer Kräftigkeit und Frische zu überschreiten, wie sie in solchem Alter nur Wenigen beschieden ist. In dieser göttlichen Gnade, welche ich in so reichem Maße erfahre, finde ich um so mehr den Muth, den Pflichten meines kaiserlichen Berufes unentwegt und mit festem Willen gerecht zu werden, als ich aller Orten, wohin ich nur den Fuß setze, der Liebe meines Volkes begegne. Sie ist es, welche mich nicht nur in der Erfüllung meiner ersten Aufgaben stärkt und festigt, sondern mir auch die geeignete Freudigkeit des Schaffens und Wühlens erhält. Sind nun auch meine Bemühungen dem Wohle der ganzen Nation gewidmet, so nehme ich doch an der fortschreitenden Entwicklung meiner Hauptstadt und Residenzstadt besonderen Antheil und ich werde mich freuen, wenn das unverkennbare Streben der städtischen Verwaltung die Einrichtung der großen Stadt mit ihrer unaufhaltsam wachsenden Ausdehnung und Bedeutung in Einklang zu setzen, stets von glücklichem Erfolge begleitet ist.“

Berlin, den 26. März 1884. ges. Wilhelm.“

Der Bundesrath hielt heute Nachmittag 2 Uhr eine Plenarsitzung. Seitens des Reichstages wurden übermittelte die Denkschrift über die Ausführung der Anleihegesetze, die Uebereinkunft mit der Schweiz wegen gegenseitiger Zulassung der in der Nähe der Grenze wohnhaften Medizinalpersonen zur Ausführung der Praxis. — Eine Vorlage betreffend die Zuden-Enquë-Kommission ging an die Ausschüsse. Auf Grund mündlicher Berichte wurde eine Reihe von Vorlagen für Elsaß-Lothringen mit den vom dortigen Landesauschuß beantragten Aenderungen angenommen. Im Uebrigen wurden Eingaben erledigt.

Der „Staatsanzeiger“ meldet: Durch Beschluß des königlichen Staatsministeriums ist auf Grund des Art. 4 des Gesetzes vom 14. Juli 1880 und des Art. 1 des Gesetzes vom 31. Mai 1882 für den Umfang des Sprengels des Erzbisthums Köln die Wiederaufnahme der eingefallenen Staatsleistungen vom 1. Januar d. J. ab angeordnet worden.

Die „Germ.“ spricht ihr Bedauern aus, daß die Sperre nicht auch gleichzeitig für Posen-Gnesen aufgehoben worden sei und fährt dann fort:

„Die zweite Erwägung, welche unsere Freude über die Wiederaufnahme der Staatsleistungen für Köln beeinträchtigt, ist die, daß die Hoffnung auf die Rückberufung des Bischofs ancheinend in nächster Zeit nicht auf Verwirklichung zu rechnen hat. Optimistische Gerüchte hatten in den Gemüthern von Tausenden kölnischer Katholiken die Erwartung einer Rückkehr des Erzbischofs wach gehalten; man hatte trotz aller Enttäuschungen des Kulturkampfes vielfach gehofft, daß das Ministerium zu dem Geburtstage des Kaisers einen solchen Gnadenakt beantragen werde. Jetzt ist die Aufhebung der Sperre, welche die Rückkehr des Erzbischofs begleitet hätte, selbstständig verwirklicht worden, aber die Hauptfache, die Wiederherstellung der ordentlichen öffentlichen bischöflichen Verwaltung, erscheint damit eher hinausgeschoben, als näher gerückt. Die Regierung bleibt ihrem System treu, die Erleichterungen im Kulturkampf vereinzelt, in möglichst spärlichem Maße und in halber, nüchternen Form, statt in einer großen, die Gemüther bewegenden Aktion eintreten zu lassen. Wir wollen nicht untersuchen, ob die Mißachtung der Volkspolizei, welche hier wie anderswo sehr deutlich zu Tage tritt, absichtlich oder unbewußt erfolgt. Es bleibt uns nur jedesmal die Pflicht, Alles anzuerkennen, was zur Besserung der traurigen Zustände dient, aber zugleich auf das aufmerksam zu machen, was den Katholiken und ihrer Kirche an ihrem guten und heiligen Rechte noch fehlt.“

In der gestrigen Sitzung der Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses hat der Regierungskommissar Geh. Rath Raffel erklärt, daß ein Schuldotationsgesetz fertig gestellt sei und das Staatsministerium auch bereits darüber berathen habe. Ueber den Zeitpunkt, wann es dem Hause vorgelegt werden könnte, sei ein Beschluß bislang nicht gefaßt. Das Dotationsgesetz regelt nicht nur die Schulunterhaltungspflicht, sondern auch die Alterszulage und Pen-

sionsfrage. Die Bestimmungen über die Pensionsverhältnisse lehnen sich unmittelbar an die für die Staatsbeamten bestehenden an.

Nach den Ereignissen der letzten Wochen hat die Nachricht von der Verlegung des Gesandten der Vereinigten Staaten, Herrn Sargent, nach Petersburg nicht überrascht. Daß diese Verlegung keine Strafe für den von unseren Offizieren so hart angegriffenen Diplomaten ist, sondern eher eine Beförderung, ergiebt sich aus dem Wortlaut der amtlichen Depesche, welche der Minister des Auswärtigen, Herr Freelinghuyzen, an Herrn Sargent gerichtet hat. Dieselbe lautet nach dem „B. Z.“:

Der Präsident billigt die Schritte, welche Sie in der Kaiser-Anglegenheit gethan, vollkommen. Sie haben einzig und allein die Anweisungen befolgt, welche Ihnen von der hiesigen Regierung erteilt wurden. Der Präsident ernannte Sie in der Vorauslegung, Ihnen einen Dienst zu erweisen, heute zum Gesandten in St. Petersburg. Die Ernennung wurde ohne Ueberweisung an eine Kommission sofort und einstimmig vom amerikanischen Senat bestätigt. Dieser Akt drückt eine Anerkennung Ihres Werthes aus und thut Ihnen eine Ehre an, auf welche jeder Bürger stolz sein kann.

Dresden, 27. März. Der Landtag ist heute Mittag durch den König mit folgender Thronrede geschlossen worden:

„Meine Herren Stände! Am Schlusse dieser arbeitsvollen Signaturperiode habe ich Sie nochmals um Mich versammelt, um Ihnen meinen königlichen Dank für die Hingebung auszusprechen, mit welcher Sie sich der Erledigung der Ihrer verfassungsmäßigen Mitwirkung unterliegenden Angelegenheiten des Landes gewidmet haben. Vor Allem gedenke ich Ihrer Sorgfalt bei der Prüfung des Staatshaushalts und Ihrer Bereitwilligkeit zur Bewilligung der für eine geordnete Verwaltung des Staates erforderlichen Mittel. Siderlich wird es mit Dank und Anerkennung vernommen werden, daß der Abschluß des Etats mit einer erheblichen Abminderung der Steuern erfolgen konnte. Wenn Sie die Mittel zum weiteren Ausbau des Eisenbahnnetzes bewilligt und Ihre Zustimmung zur künftigen Aufhebung des Saussegeldes erteilt haben, so wird dies in Verbindung mit einer Ermäßigung der Gütertarife nicht ohne mochtätige Wirkungen auf die Hebung und Erleichterung des Verkehrs bleiben. Ich gedenke ferner Ihrer Bewilligungen zur Erwerbung und zur Errichtung von Gebäuden für Zwecke der Verwaltung und für Zwecke der Wissenschaft und Kunst. Es werden dadurch lange gehagte und berechtigete Wünsche zur Erfüllung gebracht und bedeutenden Instituten der Raum zu weiterer Entfaltung gewährt. Das Gesetz wegen Abänderung einiger Bestimmungen des allgemeinen Berggesetzes wird, wie ich hoffe, im Anschluß an die reichsrechtlichen Vorschriften über die Kränkererziehung von günstigem Einflusse auf die Verhältnisse der bergmännischen Bevölkerung sein und einer weiteren zweckmäßigen Reform der Knappschaffklassen die Wege ebnen. Von dem Gesetze über die Zwangsversteigerungen von Grundstücken darf eine vortheilhafte Einwirkung auf die wirthschaftlichen Verhältnisse des Grundbesitzes erwartet werden. Durch das Gesetz wegen Veränderung einiger Bestimmungen über die Realschulen wird die Entwicklung dieser wichtigen Bildungsanstalten zum Abschluß gebracht. So kann ich auf die nun abgeschlossene Periode Ihrer verfassungsmäßigen Thätigkeit als auf eine Zeit erproblicher Erfolge für die Interessen des Landes mit Befriedigung zurückblicken. Für mein Haus freilich ist sie nach Gottes Rathschluß eine Zeit des tiefsten Schmerzes gewesen. Meinem Herzen ist es Bedürfnis, Ihnen und dem ganzen Lande auch an dieser Stelle von Neuem für die warme und innige Theilnahme zu danken, die unsere Trauer an allen Orten gefunden hat. Ich entlasse Sie, meine Herren Stände, mit dem innigen Wunsche, daß Gottes segnende Hand auch fern von unserem theuren Lande walten möge.“

Paris, 27. März. In der Deputirtenkammer bringt Barodet von den Madagaskar den Antrag auf Revision der Verfassung ein und verlangt für denselben die Dringlichkeit. Ministerpräsident Ferry bekämpft die Dringlichkeit und erklärt, die Regierung beabsichtige, die Kammer bei Beginn der Massession mit der Revisionsfrage zu beschäftigen und die bezügliche Vorlage bei dem Senat und der Kammer gleichzeitig einzubringen. Der Dringlichkeitsantrag Barodet's wird mit 389 gegen 208 Stimmen abgelehnt. — Bei Uebernahme des Vorsizes in der Budgetkommission suchte Rouvier nachzuweisen, daß die Finanzlage keine beunruhigende sei, das Defizit sei ein mehr scheinbares als thatsächliches. Zugleich sprach sich Rouvier gegen die Einführung neuer Abgaben aus und trat mit Entschiedenheit für die Minderung der Ausgaben ein.

Paris, 27. März. In der Deputirtenkammer erklärte bei Berathung der Interpellation über Madagaskar Ministerpräsident Ferry:

Frankreich verfolge einen civilisatorischen Zweck, seine Zurückforderungen gründeten sich auf die Verträge von 1860 und 1868. Die Verhandlungen seien unterbrochen gewesen, am 1. Februar d. J. aber wieder aufgenommen worden, es sei sehr zu wünschen, daß dieselben zum Abschluß eines Vertrages führen, der den Völkern der Nordwesten von Madagaskar und den französischen Staatsangehörigen Schutz gewähre, denn es sei unzulässig, daß alle Ausländer, mit alleiniger Ausnahme der Franzosen, Eigentum in Madagaskar besitzen könnten. Das Aufwerfen der Souveränitätsfrage würde zu einem Kriege auf Leben und Tod mit den Dumas führen und eine Eroberungspolitik involviren, man müsse daher bescheiden und weise bleiben, um praktische Resultate zu erzielen. Die tunesische Angelegenheit sei beendet, diejenige in Tonkin nahe ihrem Ende, es würde nicht verständig sein, etwas Neues zu unternehmen. Wenn indes die Verhandlungen zu keinem Ziele führen sollten, werde kein Mittel unterlassen werden, die Dumas unterwürdig zu machen, die Frankreich noch ungestraft Trost bieten dürften. Am Schlusse seiner Rede verlangte Ferry eine Tagesordnung, welche eine Politik des Aufgebens der begonnenen Unternehmung ausschliesse und die Erörterung der Frage im Einzelnen einer Kommission zuweise, mit der sich die Regierung verständigen werde.

Die Kammer nahm darauf mit 450 gegen 32 Stimmen eine Tagesordnung an, welche dem Entschlus Ausdruck giebt, alle Rechte Frankreichs auf Madagaskar aufrecht zu erhalten und welche die Kreditforderung an eine besondere Kommission zur Berathung verweist.

London, 27. März. Der Staatssekretär des Krieges, Lord Hartington, verlas im Unterhause eine Depesche, welche bestätigt, daß die Araber in die Flucht geschlagen und zerstreut wurden; die Engländer hatten keine Verluste. Vom Gause wurde darauf mit der zweiten Lesung der Reformbill fortgefahren.

Rom, 27. März. In dem heutigen Konsistorium verlieh der Papst dem Erzbischof von Neapel die Kardinalsinsignien und präkonisirte verschiedene Bischöfe, namentlich für Frankreich und Spanien. Eine Allokution wurde vom Papste nicht abgehalten. Die in dem Konsistorium am vorigen Rom

tag abgehaltene Allokution war ausschließlich dem Lobe der beiden neu ernannten Kardinele gewidmet.

Petersburg, 27. März. Dem diesseitigen Gesandten in Brasilien, Wirklichen Staatsrath Jonin, welcher mit besonderen Aufträgen nach Sofia geschickt wurde, ist der Wladimir-Orden zweiter Klasse verliehen worden. — Wie die deutsche „Petersburger Zeitung“ mittheilt, wird der jetzige Botschafter in Wien, Fürst Lobanow, als für den Botschafterposten in London bestimmt bezeichnet. — Das Kassationsdepartement für Kriminalfachen des Senats hat gestern die von den Geschworenen der Bezirksgerichte zu Kiew und Moskau in der Untersuchungsache gegen Swiridow und Melniky gefällten Urtheile und Beschlüsse kassirt und die Angelegenheit anderen Sektionen dieser Gerichte zur nochmaligen Verhandlung überwiesen. Gleichzeitig ist den betreffenden Gerichten wegen der Uebertretungen, welche sie bei Stellung der Fragen an die Geschworenen zugelassen hatten, eine Rüge erteilt worden.

Kairo, 27. März. Eine Depesche des Admirals Sewett meldet, die englischen Truppen seien heute Morgen über Tarnieb hinaus vorgerückt, bis sie den Feind in Sicht gehabt hätten, letzterer sei aber sofort, nachdem die englischen Truppen das Feuer eröffnet hätten, in die Berge geflüchtet. Die englischen Truppen hätten keinerlei Verluste gehabt, er halte den Feldzug für beendet.

Newyork, 27. März. In Amerika läßt jetzt die irische extreme Partei eine „Dynamit Monatschrift“ (Dynamite Monthly) erscheinen, worin der „wissenschaftliche Krieg“, wie ihn „der Schwächere gegen den Stärkeren führen muß“, gegen den englischen Erbfeind gepredigt wird. „Wir glauben“, sagt der Herausgeber, „an das Dynamit; aber auch das Pulver, die Revolverkugel und der Dolch sind nicht zu verachten.“ Angeblich beträgt der Fond für „patriotische Zwecke“ 27 000 Doll.; aber „mehr ist nothwendig, denn es gibt noch viel zu thun“. Das Blatt führt eine „schwarze Liste“ der aus dem Wege zu räumenden „Verräther“ an, über welche das Todesurtheil gesprochen wurde. Darunter befinden sich die Richter, Geschworenen und Belastungszeugen mit den Angebern im Böhmigart-Prozesse; die „Londoner Mörder O'Donnells“, und namentlich der Richter Lawson, welcher das Todesurtheil über ihn aus sprach; Mr. Clifford Lloyd (jetzt an der Spitze der ägyptischen Polizei), der frühere Staatssekretär W. C. Foster, und selbst der „große alte Mann“, Gladstone, „könne hingerichtet werden“. Die Probenummer wurde an 22 000 Personen mit der Bitte um Beiträge zum „patriotischen Dynamitfond“ versendet.

Locales und Provinzielles.

Posen, 28. März.

Die 5 neuen polnischen Bischöfe, welche für Rußisch-Polen in dem geheimen Konsistorium am 24. d. M. vom Papste, wie schon mitgetheilt, ernannt wurden, sind folgende: Ruzkiewicz, Suffraganbischof von Warschau; Lubowicki, Suffraganbischof von Luck; Zygmunt, Suffraganbischof von Samogitien; Rossowski, Suffraganbischof von Plock; Pollner, Suffraganbischof von Kalisch. Die Anzahl der Bischöfe im Königreich Polen hat sich durch diese Ernennungen um 3 vermehrt, und beträgt gegenwärtig 11. In Litthauen und den übrigen Theilen des ehemaligen polnischen Reiches hat sich die Anzahl der Bischöfe um 2 vermehrt, und beläuft sich gegenwärtig auf 6; außerdem befinden sich noch zwei katholische Bischöfe in Seratow.

OX Raubentfall auf eine Post. Wie wir von einem der Mitreisenden erfahren, ist die Person, die die Post von Posen nach Krosno in der Nacht vom 25. zum 26. d. M. in dem Walde zwischen Posen und Schwefenz unweit des alten Schanzebaues von Wegelagerern angefallen worden. Die beiden mitreisenden Herren, welche sich in die Ecken des Postwagens geleht hatten, um zu schlummern, wurden plötzlich durch einen gegen ein Fenster des letzteren geführten kräftigen Schlag und das Klirren der zertrümmerten Fensterscheibe aus ihrer Ruhe aufgeschreckt. Bald darauf stand auch die Post still, indem einer der Angreifer den Pferde in die Fänge gefallen war. Als dann jedoch der Postillon die mitreisenden Herren zu Hilfe rief und diese aus dem Wagen ausstiegen, um sich anzusehen, wurden die Pferde freigegeben und liefen nun in schnellem Tempo mit der Post von dannen. Die Reisenden sowohl als auch der Postillon sind mit dem bloßen Schrecken davon gekommen.

r. Aufgefundene Leiche. Heute früh wurde aus dem ersten Vorfluthgraben der Warthe in der Nähe des städtischen Viehmarktes die Leiche eines unbekanntes Mannes herausgezogen. Nach der Kleidung zu urtheilen, war derselbe ein Arbeiter; seine Identität konnte sonst noch nicht festgestellt werden.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 27. März. Der 7. Provinziallandtag ist heute durch den Oberpräsidenten v. Schlieffmann eröffnet worden. Zum Vorsitzenden wurde Graf Dohna-Schlodien, zum stellvertretenden Vorsitzenden Rittergutsbesitzer Dolle-Dwarischen gewählt.

München, 27. März. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte mit 131 gegen 2 Stimmen den Neubau einer Kaserne für ein Infanterie-Bataillon in München. Den Nachweisungen des Kriegsministeriums wurde die Genehmigung erteilt und ebenso wurde auch der Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Kredit für die Kriegskosten von 1870/71 angenommen. Bei den Nachweisungen entspann sich eine längere Debatte über das Kabattenkorps. Der Abgeordnete Craemer behauptete das fortwährende Steineinziehen der Konfessionsverhältnisse; die Protestanten seien im Lande nicht lediglich geduldet. Der Kriegsminister erklärte, daß die bayerische Geschichte in dem Kabattenkorps wie in den Gymnasien im Anschluß an die deutsche Geschichte gelehrt werde. Die Angriffe der Presse seien schwachvoll; man berathe die Nothwendigkeit von Ausnahmengesetzen gegen die Sozialisten, vielleicht seien aber Gesetze gegen das Preßbanditentum nicht minder nothwendig. Der Kultusminister von Luz bestätigte die Erklärungen des Kriegsministers. Die Prüfungskommission sei angewiesen, bei der Absolutoralprüfung eingehend den Stand der bayerischen Geschichte zu prüfen, und er, der Kultusminister, erstatte unter Zusammenstellung der dabei gefundenen Ergebnisse dem König alljährlich Bericht.

Metz, 27. März. Der Statthalter, Feldmarschall v. Rantkeuffel, nahm heute Vormittag auf dem Königsplatz Parade über das 8. Ostpreussische Infanterie-Regiment Nr. 45 ab.

Nach dem Vorbemarsch des Regiments hielt der Statthalter eine Abschiedsansprache an dasselbe. Nachmittags wird der Statthalter einer Einladung des Offizierkorps zum Diner folgen.

Wien, 27. März. Auch das „Fremdenblatt“ erfährt, es sei hier maßgebend Ortes nichts davon bekannt, daß Rußland die Lösung des Meerengen-Vertrags zu beantragen gedenke.

Paris, 27. März. Der Ministerrath hat die Ernennung General Sauffiers zum Militär-Kommandanten von Paris, des Generals Davoust zum Kommandanten des Armeekorps in Algier und des Generals Villot zum Kommandanten des Armeekorps in Lille bestätigt.

Paris, 27. März. Seitens der hiesigen türkischen Botschaft werden die beunruhigenden Gerüchte über den Gesundheitszustand des Sultans formell für unbegründet erklärt.

Newyork, 26. März. Depeschen aus Louisiana melden, daß die Hilfe des Staats für die von der Ueberschwemmung im Thale des Mississippi Betroffenen nothwendig sei, damit sie nicht Hungers sterben.

Berlin, 28. März. [Kommission für das Sozialistengesetz.] In der Generaldebatte erklärte sich Reichensperger (Krefeld) vorläufig gegen das Gesetz; die Sozialisten seien am Besten durch Freigebung der katholischen Kirche und auf dem Boden des gemeinen Rechts zu bekämpfen. Sein Schlußvotum behielt sich Reichensperger vor. Die Kommission beräume die nächste Sitzung auf den 24. April an und setze die Frist für Abänderungsanträge bis zum 23. April fest.

Minister v. Puttkamer erklärte, die verbündeten Regierungen könnten Abänderungsanträge nicht acceptiren.

Konstantinopel, 27. März. Dem griechischen Patriarchen ist gestern Abend ein den früheren Berats vollständig gleichlautender Investitionsberath ausgehändigt worden. Die Frage der Privilegien des griechischen Patriarchats ist damit als erledigt anzusehen.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontana in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cels. Grad.
27. Nachm. 2	755.3	NW schwach	bedeckt	+ 3.8
27. Abnds. 10	756.9	N schwach	bedeckt	+ 4.0
28. Morgs. 6	757.5	N schwach	bedeckt	+ 3.4

Am 27. Wärme-Maximum: + 4° 5 Cels.
Wärme-Minimum: + 1° 0

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 27. März Morgens 1,50 Meter.
" " 27. " Mittags 1,50
" " 28. " Morgens 1,48

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 27. März. (Schluß-Course.) Schwach. Lond. Wechsel 20 4/2. Pariser do. 81,175. Wiener do. 168,60. R.-M. S.-M. — Rheinische do. — Hefl. Ludwigsb. 109 1/2. R.-M.-Pr.-Antb. 127. Reichsanl. 102 1/2. Reichsbank 147 1/2. Darmst. 157 1/2. Meining Bl. 95. Ost.-ung. Bank 711,00. Kreditaktien 279 1/2. Silberrente 68 1/2. Papierrente 67 1/2. Goldrente 85 1/2. Ung. Goldrente 77 1/2. 1880er Loose 121 1/2. 1864er Loose 311,50. Ung. Staatsk. 225,50. do. Odb.-Obl. II. 99. Böhm. Westbahn 269 1/2. Elisabethb. — Nordwestbahn 158 1/2. Galizier 252 1/2. Franzosen 267 1/2. Lombarden 121 1/2. Staliener 93 1/2. 1877er Russen 94. 1880er Russen 76 1/2. II. Orientanl. 60. Centr.-Pacific 111 1/2. Diskontokommandit — III. Orientanl. 59 1/2. Wiener Bankverein — 5% österreichische Papierrente 80 1/2. Buschterader — Equiter 68. Gotthardbahn —

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 279 1/2. Franzosen 267 1/2. Galizier 252 1/2. Lombarden 121 1/2. II. Orientanl. — III. Orientanl. — Equiter 68. Gotthardbahn 95 1/2. Spanien —. Marienburg-Klawka — 1860er Loose —

Nach einem Londoner Telegramm des „Frankfurter Journals“ ist in einer von den Interessenten heute in London abgehaltenen Versammlung die Allianz-Konvention auf neuer Basis konsultirt worden.

Wien, 27. März. (Schluß-Course.) Realisirungen.
Papierrente 79,82 1/2. Silberrente 81,00. Deferr. Goldrente 101,90. 6-proz. ungarische Goldrente 121,75. 4-proz. ungar. Goldrente 91,72 1/2. 6-proz. ungar. Papierrente 88,60. 1854er Loose 124,00. 1880er Loose 136,50. 1864er Loose 169,50. Kreditlose 174,00. ungar. Krämien 117,00. Kreditaktien 323,90. Franzosen 315,70. Lombarden 143,90. Galizier 298,50. Kasch.-Oderb. 147,20. Pardubitzer 153,50. Nordwestbahn 187,50. Elisabethbahn 232,50. Nordbahn 2702,50. Deferr. — Ung.-Bank —. Ländl. Loose —. Unionbank 111,20. Anglo-Austri 117,30. Wiener Bankverein 109,90. Ungar. Kredit 326,70. Deutsche Plätze 69,25. Londoner Wechsel 121,35. Pariser do. 48,10. Amsterdamer do. 100,25. Napoleons 9,61. Dukat 5,67. Silber —. Marknoten 59,25. Russische Banknoten 1,22 1/2. Zemb.-Garnowitz —. Kronpr.-Rudolf 180,00. Franz.-Loise —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westb. —. Elbthal 197,50. Tramway 237,30. Buschterader —. Deferr. 6-proz. Papier 88,60.

London, 27. März. Consols 102 1/2. Italiensische 6-prozentige Rente 93. Lombarden 12 1/2. 3-proz. Lombarden alte 1 1/2. 3-proz. do. neue —. 5-proz. Russen de 1871 90 1/2. 5-proz. Russen de 1872 92 1/2. 5-proz. Russen de 1873 91 1/2. 5-proz. Turken de 1865 8 1/2. 4-proz. fundierte Amerik. 126 1/2. Österreichische Silberrente 67 1/2. do. Papierrente —. 4-proz. Ungarische Goldrente 76 1/2. Deferr. Goldrente 86. Spanien 61 1/2. Equiter neue —. do. unif. 67 1/2. Ottomanbank 15 1/2. Preuß. 4-proz. Consols 101. Rubig.

Suez-Aktien 79 1/2. Silber —. Madridkont 2 1/2 pSt.
Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,66. Wien 12,29. Paris 25,42. Petersburg 23 1/2.

Petersburg, 27. März. Wechsel auf London 24 1/2. II. Orientanleihe 94 1/2. III. Orientanleihe 94 1/2. Privatdiskont — pSt. Neue Goldrente 162.

Produkten-Curse.

Köln, 27. März. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 18,50 fremder 19,00, per März 17,55, per Mai 17,75, Juli 17,95. Roggen loco hiesiger 14,50, per März 13,85, per Mai 13,95, per Juli 14,15. Hafer loco 14,25. Rübsöl loco 32,50, per Mai 30,80, pr. Okt. 29,70.

Bremen, 27. März. Petroleum. (Schlußbericht.) Rubig. Standard white loco 7,45a/7,50, per April 7,50, per Mai 7,60, per Juni 7,70, per August-Dezbr. 8,10. Alles bez.

Hamburg, 27. März. (Getreidemarkt.) Weizen loco unv., auf Termine flau, per April-Mai 169,00 Br., 168,00 Gd., per Mai-Juni 170,00 Br., 169,00 Gd. — Roggen loco unv., auf Termine flau, per April-Mai 127,00 Br., 126,00 Gd., per Mai-Juni 127,00

Br. 126,00 Gd. — Hafer und Gerste unv. — Rübsöl rubig, loco 59,50, per Mai 59,50. — Spiritus geschäftslos, per März 37 1/2 Br., per April-Mai 38 Br., per Mai-Juni 38 Br., per August-September 40 1/2 Br. — Kaffee flau, Umsatz —. Saft —. Petroleum rubig, Standard white loco 7,65 Br., 7,60 Gd., per März 7,55 Gd., per August-Dezbr. 8,25 Gd. Wetter: Regenrisch.

Wien, 27. März. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 9,72 Gd., 9,77 Br., per Mai-Juni 9,80 Gd., 9,85 Br. — Roggen per Frühjahr 8,30 Gd., 8,35 Br., pr. Mai-Juni 8,40 Gd., 8,45 Br. — Mais per Mai-Juni 6,90 Gd., 6,95 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,32 Gd., 7,37 Br., per Mai-Juni 7,45 Gd., 7,50 Br.

Wien, 27. März. (Produktenmarkt.) Weizen loco billiger, per Frühjahr 9,31 Gd., 9,33 Br., per Herbst 9,92 Gd., 9,94 Br. Hafer per Frühjahr 6,85 Gd., 6,90 Br. — Mais per Mai-Juni 6,50 Gd., 6,52 Br. — Kolltrass per August-Sept. 13 1/2. Wetter: Schön.

Paris, 27. März. (Schlußbericht.) Weizen rubig, per März 22,75, per April 22,75, per Mai-Juni 23,10, per Juli-August 23,10. Roggen matt, per März 15,90, per Mai-August 16,50. R.-hl 9 Marques beh., per März 49,30, per April 48,60, per Mai-Juni 49,25, per Juli-August 49,75. — Rübsöl rubig, per März 70,50, per April 70,5, per Mai-August 72,00, per Sept.-Dez. 74,00. Spiritus träge, per März 41,50, per April 41,75, per Mai-August 43,00, per Sept.-Dez. 44,75. Wetter: Bedekt.

London, 27. März. An der Küste angebotene 4 Weizenladungen. Wetter: Kalt.

London, 27. März. Savannazucker Nr. 12 18 nominell. — Centrifugal Ruba 18 1/2.

Liverpool, 27. März. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 14 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 3000 Ballen. Amerikanische unverändert. Surats fest. Middl amerikanische März-April-Lieferung —. April-Mai-Lieferung —. Mai-Juni-Lieferung —. Juni-Juli-Lieferung —. Juli-August-Lieferung 6 1/2, August-September-Lieferung 6 1/2 d.

Amsterdam, 27. März. (Getreidemarkt.) Weizen pr. November 246. Roggen pr. März 157, per Mai 158, per Oktober 162.

Amsterdam, 27. März. Bei der heute von der niederländischen Handelsgesellschaft abgehaltenen Zinnauktion von 22,3513 Blocke Bankasinn wurden 52 a 52 1/2 durchschnittlich 52 1/2 Cent. gezahlt.

Leith, 26. März. Getreidemarkt. Mehl und Weizen angeboten, Preise niedriger bei geringem Geschäft.

Antwerpen, 27. März. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 18 1/2 bez. u. Br., April 18 1/2 Br., per Mai 18 1/2 Br., per Sept.-Dezember 20 1/2 Br. — weichend.

Newyork, 27. März. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11 1/2, do. in New-Orleans 11. Raff. Petroleum 70 Prozent Abel Test in Newyork 8 1/2 Gd., do. do. in Philadelphia 8 1/2 Gd., rohes Petroleum in Newyork 7 1/2, do. Pipe line Certifikates — D. 99 1/2 O — Mehl 3 D. 35 O — Rother Winterweizen loco 1 D. 4 1/2 O, do. per März nominell, do. per April 1 D. 2 1/2 O, do. per Mai 1 D. 4 1/2 O. Mais (New) — D. 59 C. Zucker (Fair Refining Muscovades) 5 1/2. — Kaffee (fair Rio) 10. Schmalz (Wilcox) 9,80, do. Fairb. 9,62, do. Robo u. Brothers 9,65. Sued 10 1/2. Getreidebericht 1 1/2.

Bromberg, 27. März. (Bericht der Handelskammer.) Weizen flau, hochbunt glasig, feiner 175—182, gesunde mittlere Qualität 165—172 M., abfallend geringere Qualität 150—160 M. — Roggen matt, loco inländischer feiner 136—137, mittel 136—137, geringer 130—135 M. — Gerste nominell, Braumaare 140—145 M., grobe und kleine Futtergerste 125—130 M. — Hafer loco je nach Qualität feiner 125—135 M., geringe Qualität 120—130 M. — Erbsen, Kochmaare 160—170 M., Futtermaare 140—145 M. — Rübsen und Raps ohne Handel. — Spiritus matter, pro 100 Liter à 100 Prozent 45,50—46 M. — Rubelkurs 206,25 M.

Marktpreise in Breslau am 27. März.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	gute		mittlere		geringe	
	Höcher	Niedrig.	Höcher	Niedrig.	Höcher	Niedrig.
Weizen, weißer	19 80	18 80	17 80	17 40	16 40	15 80
do. gelber	18 —	17 10	16 60	16 10	15 60	14 60
Roggen	15 10	14 90	14 20	13 —	13 70	13 50
Gerste	15 80	14 60	13 80	13 30	12 80	12 60
Hafer	14 20	13 80	13 40	13 20	12 80	12 50
Erbsen	18 50	17 50	17 —	16 —	15 50	15 —

Kartoffeln, pro 50 Rgr. 3,00—3,25—3,50—3,75 M., pro 100 Rgr. 6—6,50—7—7,50 M., pro 2 Liter 0,12—0,13—0,14—0,15 M. — Heu, per 50 Rgr. 3,20—3,40 M. — Strohh, per Schock à 60 Rgr. 24,00—26,00 M.

Breslau, 27. März. (Antlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Kleesaat rothe (per 50 Kilogramm) behauptet, ordinär 37—47, mittel 48—50, fein 51—55, hochfein 56—59. — Kleesaat weiße (per 50 Rg.) unverändert, ordinär 55—65, mittel 66—80, fein 81—84, hochfein 95—100. — Roggen (per 1000 Kilogramm) matt. Gefündigt. — Centner. Abgelassene Rindungsschweine —, per März 145,00 Br., per März-April 145,00 Br., per April-Mai 145,00 bez., schles., per Mai-Juni 146,50 bez., per Juni-Juli 148,00 bez., per Juli-August 149,00 bez., per Sept.-Okt. 149,00 Gd. u. Br. — Weizen Gef. — Centr., per März 186 Br. — Hafer Gef. — Centr., per März 133 Br., per April-Mai 135 Br., per Mai-Juni 135 Br., per Juni-Juli 137 Br. — Raps Gefündigt. — Centner per März 268 Br. — Rübsel feiner, Gefündigt. — Centner, loco in Quantitäten à 5000 Rilo. 62 Br., per März — Br., per März-April — Br., per April-Mai 58,00 Br., per Mai-Juni 58,50 Br., per Sept.-Okt. 53,50 Br. — Spiritus flau. Gefündigt, 50,00 Liter, per März 45,20 Gd., per März-April 45,20 Gd., per April-Mai 46,00 bez., per Mai-Juni 46,20 Gd., per Juni-Juli 47,10 bez., per Juli-August 47,90 bez., per August-September 48,10 bez., September-Oktober 48 Br. Die Börsen-Kommission.

Stettin, 27. März. [An der Börse.] Wetter: Trübe. + 3° Reaum., Barometer 28,4. Wind: NW.

Weizen etwas matter, per 1000 Kilogramm loco gelb und weiß 165 bis 179 M. bez., per April-Mai 175,5—176 M. bez., per Mai-Juni 176,5—177 M. bez., per Juni-Juli 178—178,5 M. bez., per Juli-August 179,5—180,5—180 M. bez., per Sept.-Oktober 182,5—181,5 bis 180 M. bez. — Roggen niedriger, per 1000 Kilogramm loco inländischer 135 bis 140 M., russischer 137—141 M., per April-Mai 136—135—135,5 M. bez., per Mai-Juni 137,5—137 M. bez., per Juni-Juli 139—138,5 M. bez., per Juli-August 140 M. Br., per Sept.-Oktober 142—141—141,5 M. bez. u. Gerste ohne Handel, per 1000 Rilogr. loco Märkische, Oderbruch u. Bommersche 134—140 M., Futter-120 bis 130 M., feine Brau-145—168 M. — Hafer unverändert, per 1000 Rilo loco 130—140 M., per April-Mai 129 M. Br., 128 M. Gd. — Wintertraps per 1000 Rilo loco — M. bez. — Winter-rübsen ohne Handel. — Rübsel unverändert, per 100 Rilogr. loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 60 M. Br., per März 59 M. Br., per April-Mai 57,75 M. Br., per Sept.-Oktober 57,5 M. Br. — Spiritus wenig verändert, per 10,000 Liter-pSt. loco ohne Faß 44,9 bez., abgelassene Anmeldungen —, Lieferung mit Faß — M., per März 45,2 M. nom., per April-Mai 45,5—45,4 M. bez., per Mai-Juni 45,6 45,4 M. bez., 45,5 M. Br. u. Gd., per Juni-Juli 46,8 M. Br. u. Gd., per Juli-August 47,7—47,4 M. bez., 47,5 M. Br. u. Gd., per August-Sept. 48 M. Br. u. Gd. — Angemeldet: — Str. Spiritus, — Str. Weizen, — Str. Roggen, — Str. Hafer, — Petroleum —. Regulirungspreise: Weizen — M., Roggen — M., Hafer — M., Rübsel 59 M., Spiritus 45,2 M. — Petroleum loco 8,15 M. tr. bez., Regulirungspreis 8,15 M. trans., alte Ufanz 8,45—8,4 M. trans. bez. Schmalz, Fairbank — M. tr. bez. — Kartoffelmehl prima — M. per 2100 Rilo Brutto inkl. Saft. (Wiese-Stg.)

Produkten-Börse.

Berlin, 27. März. Wind: N.O. Wetter: Trübe. Nachhaltig flauer Verkehr konnten im diesigen Verkehr zwar nicht ignoriert werden, aber im Verhältnis zu jenen stand der Verlauf des heutigen Marktes doch nicht.

(Amlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 165-203 Mark nach Qualität, gelbe Lieferungsqualität - Mark, gelber märkischer - ab Bahn bez., udermärkischer - ab Bahn bez., per diesen Monat - bezahlt, per April-Mai 169-168,75 bezahlt, per Mai-Juni 171 bez., per Juni-Juli 173 bez., per Juli-August 175-174,5 bez., per September-Oktober 179,25-173 bezahlt. Durchschnittspreis - R. Gefündigt - Zentner.

per April-Mai 20,00 Gd., 20,40 Br., per Mai-Juni -, per Juni-Juli - R., per Juli-August - R. Durchschnittspreis - R. Erbsen Kochwaare 180-230, Futterwaare 157-168 R. per 1000 Ausgr. nach Qualität.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 27. März. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit vielfach etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet. In dieser Beziehung waren die schwächeren Notierungen der fremden Börsenplätze von bestimmendem Einfluß.

Der Kapitalmarkt erwies sich fest für heimische, solide Anlagen, während fremde, festen Zins tragende Papiere, welche mehr den Bewegungen des Spekulationsmarktes folgten, durchschnittlich etwas nachgeben mußten.

Von den fremden Fonds sind russische Anleihen als schwächer zu nennen; auch ungarische 4pro. Goldrente weichen, Italiener still. Deutsche und preussische Staatsfonds waren ziemlich fest und ruhig; inländische Eisenbahnprioritäten schwach und still.

Umrechnungssätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien, Berlin-Dresden, etc. Includes various financial data points and exchange rates.